



Nr. 294 | 07.06.2022

Polen-Analysen

Polen als Exilland der belarussischen Opposition

■ ANALYSE	
Polen als Land der politischen Immigration aus Belarus: zwischen schwieriger Geschichte, technokratischer Einstellung und großer Politik	2
Marta Jaroszewicz, Zentrum für Migrationsforschung, Warschau	
■ DOKUMENTATION	
Diana Ignatkowa: Zwischen Euphorie und tiefer Trauer	8
■ STATISTIK	
Belarussische Bürger in Polen: Schutz- und Aufenthaltsstatus	10
■ CHRONIK	
17. Mai 2022 – 6. Juni 2022	13
■ LESEHINWEIS	
Dorota Danielewicz: Der weiße Gesang. Die mutigen Frauen der belarussischen Revolution	15

Polen als Land der politischen Immigration aus Belarus: zwischen schwieriger Geschichte, technokratischer Einstellung und großer Politik

Marta Jaroszewicz, Zentrum für Migrationsforschung, Warschau

DOI: 10.31205/PA.294.01

Zusammenfassung

Seit vielen Jahren ist Polen ein wichtiger Aufenthalts- und Aktionsort für Teile der politischen und kulturellen Elite Belarus', in geringerem Maße auch der politischen Diaspora anderer Staaten der ehemaligen UdSSR. Man kann allerdings nicht sagen, dass Polen als klassisches Aufnahmeland für politische Flüchtlinge mit einer gut entwickelten Tradition zur Unterstützung ihrer Aktivitäten gilt. Zu den Gründen gehören das komplizierte historische Erbe, Sorge um die Situation der Polen im Herkunftsland der betreffenden Migranten sowie auch die diffuse und gleichzeitig technokratische Einstellung gegenüber Fragen der Einwanderung. Auch wenn einige Unterstützungsprogramme für die politische Emigration aus Belarus, z. B. für Studierende und Medienangehörige, schon seit Jahren existieren, bleibt festzuhalten, dass sich eine ganzheitliche institutionelle Herangehensweise (inklusive aktiver Beteiligung belarussischer Organisationen in Polen und Initiativen von polnischen Bürgern) erst nach den massenhaften Repressionen in Belarus im August 2020 entwickelt hat.

Polen als Auswanderungsland und politische Diaspora in Polen: die historischen Erfahrungen

Die tragische Geschichte Polens, die Teilungen, zwei Weltkriege, die Besetzung durch Hitler-Deutschland und anschließend die Etablierung des kommunistischen Regimes, machten die unabhängige politische Aktivität oftmals unmöglich. Im polnischen politischen Denken waren daher wichtiger als die Konflikte zwischen Traditionalisten und Modernisierern, Liberalen und Sozialisten usw. die Auseinandersetzungen über den Weg, wie die Existenz eines unabhängigen Staates erreicht werden könne. Zur Geschichte Polens gehört außerdem auch die Tradition der politischen Emigration – von der sog. Großen Emigration (nach der Niederschlagung des Novemberaufstandes 1831) über die Aktivitäten der polnischen Diaspora, welche die Erlangung der Unabhängigkeit Polens im Jahr 1918 unterstützte, bis zum Handeln der polnischen Exilregierung in London, die von 1939 bis 1990 bestand. Zweifellos ist eine der prägenden Erfahrungen, welche die polnische Gesellschaft beim jahrhundertelangen Wirken ihrer Emigration gemacht hat, die große Heterogenität der politischen Diaspora, wozu die Vielfalt der gesetzten politischen Ziele und Methoden bei jedoch gleichzeitiger Fokussierung auf den Kampf um den Fortbestand des Nationalstaates gehört. Das beeinflusst meiner Meinung nach bis heute die Wahrnehmung von politischer Diaspora in Polen, deren Akteure aus anderen Ländern nach Polen flüchten, weil sie dem Regime in ihrem jeweiligen Herkunftsland die Legitimität absprechen.

Neben seinen jahrhundertelangen Emigrationserfahrungen hat Polen auch historische Erfahrungen mit der

Aufnahme von Immigrantengruppen. Nach Beendigung des polnisch-sowjetischen Krieges 1920 entschloss sich ein Teil der national eingestellten ukrainischen und belarussischen Eliten, sich in Polen niederzulassen, wobei es Polen letztendlich nicht gelang, sein Konzept einer Föderation der Nationen Osteuropas zu realisieren. Beispielsweise entschieden sich ca. 30.000 Soldaten und Aktivisten der Ukrainischen Volksrepublik unter der Präsidentschaft von Symon Petlura für die Emigration nach Polen. Ebenso dienten Vertragsoffiziere aus Georgien oder Belarus in der polnischen Armee. Stark vereinfacht lässt sich sagen, dass die damalige Politik der polnischen Regierung gegenüber der politischen Diaspora aus den von Sowjetrußland beherrschten Ländern zwischen Realpolitik [im Original Deutsch, Anm. d. Übers.] gegenüber dem mächtigen östlichen Nachbarn einerseits und Unterstützung für den sog. Prometheus (Bewegung in Ländern Ostmitteleuropas und des Kaukasus mit dem Ziel, sich vom sowjetischen Einfluss zu befreien) andererseits oszillierte. Das Echo der daraus erwachsenen Dilemmata lässt sich bis heute beobachten.

Die Frage der nationalen Minderheiten

Das Fehlen einer eindeutigen und langfristigen Politik Polens zur Unterstützung der nationalen Bestrebungen der Gesellschaften Osteuropas im Kampf gegen den russischen Imperialismus resultierte hauptsächlich aus den politischen Ambivalenzen, die sich aus der komplizierten nationalen Gemengelage in der Region ergaben. In der Zwischenkriegszeit gehörten zu Polen umfangreiche Gebiete, in denen Ukrainer und Belarussen lebten. Je nach Entwicklungsphase der Beziehungen waren sie den polnischen Machthabern gegenüber zumindest

feindselig eingestellt und strebten nach Unabhängigkeit der von ihnen bewohnten Gebiete. U. a. befördert durch die sowjetischen und nationalsozialistischen Machthaber, führten diese ungelösten Konflikte während des Zweiten Weltkrieges zu einer tragischen Gewaltspirale vor nationalem Hintergrund.

Nach dem Ende des Krieges verlor Polen mehr als 45 Prozent seines Vorkriegsterritoriums an die Sowjetunion. Jerzy Giedroyc, moralische Autorität im Pariser Exil, der in den schwierigen Jahren des kommunistischen Systems die Idee der Versöhnung von Polen, Ukrainern, Belarussen und Litauern vertrat, sah darin eine Chance, den Ballast der Geschichte hinter sich zu lassen, und hatte die Vision, neue Beziehungen zwischen demokratischen Nationen nach 1990 zu schaffen. Dies erwies sich allerdings als eine allzu optimistische Vorstellung. In den Ländern der Region wurde begonnen, neue politische Institutionen aufzubauen, die nicht demokratisch und tolerant gegenüber politischen Gegnern waren. Gleichzeitig verschob sich in der Praxis der polnischen politischen Eliten der Schwerpunkt in Richtung Schutz für die Menschen polnischer Nationalität. So wenig sich die kommunistischen Machthaber in Polen – abgesehen von der Repatriierungswelle in den 1950er Jahren – für das Schicksal der polnischen Minderheit außerhalb Polens interessiert hatten, so sehr vertraten die demokratischen Regierungen der Dritten Republik den Standpunkt, dass neben dem Aufbau guter Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten ein wichtiges Ziel der polnischen Politik die Garantie des Rechts auf Pflege der polnischen Sprache und Tradition für die dort ansässige polnische Bevölkerung ist.

Eine besonders schwierige Situation trat in den polnisch-belarussischen Beziehungen auf. Belarus ist derjenige Nachbarstaat, in dem die größte polnische Minderheit lebt. Trotz schwerer Repressionen, welche die Polen in der UdSSR erlitten, verzeichnete die Volkszählung im Jahr 1959 auf belarussischem Gebiet 538.000 Personen, die als Nationalität polnisch angaben. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR wurde die polnische Minderheit einer der gesellschaftlich aktivsten Teile der belarussischen Gesellschaft. Dies stieß auf die entschiedene Ablehnung der belarussischen Machthaber mit Präsident Alexander Lukaschenko an der Spitze. Einen Höhepunkt erlebte der Kollisionskurs im Jahr 2005, als die belarussischen Machthaber die bestehenden Strukturen der polnischen Minderheit für illegal erklärten und einen ihnen gegenüber loyalen Verband der Polen in Belarus (*Związek Polaków na Białorusi*) schufen. Es fehlen die Quellen, um die Verschärfung der belarussischen Politik gegenüber der polnischen Minderheit umfassend zu analysieren, klar ist aber, dass ab 2005 in Polen stärker institutionalisierte Unterstützungsmechanismen für belarussische Emigranten entwickelt wurden.

Dennoch und wahrscheinlich aus geopolitischen Gründen sowie aus dem Wunsch, pragmatische Beziehungen mit Belarus zu pflegen, unternahmen polnische Regierungen sowohl unter der Führung der Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*) als auch von Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) Versuche, die Beziehungen zum Regime in Minsk zu normalisieren. Erst die Ereignisse in Belarus vom August 2020, als es zu Fälschungen der Präsidentenwahlen kam und später prominente polnische Akteure in Belarus inhaftiert wurden (darunter Andżelika Borys, die Vorsitzende des ursprünglichen, von den belarussischen Machthabern unabhängigen Verbands der Polen), scheinen zu zeigen, dass die belarussischen Machthaber die Vertreter der polnischen Minderheit als Feinde im Inneren behandeln, gegenüber denen man willkürliche Inhaftierungen oder Folter einsetzen darf, und dass es eine Illusion war, davon auszugehen, Zugeständnisse auf polnischer Seite könnten irgendwie das Vorgehen der belarussischen Machthaber beeinflussen.

Was die belarussische Minderheit in Polen betrifft, so war sie bis dato weder für die belarussische Außenpolitik noch für die Aktivierung der belarussischen politischen Diaspora, die nach Polen emigrierte, ein Schlüsselfaktor (eine feststellbare Mobilisierung der belarussischen Minderheit setzte nach den brutalen Repressionen im Zuge der gefälschten Präsidentenwahlen in Belarus ein). Gründe dafür können die schwach ausgeprägte nationale Identität, die dorftypischen nationalen Traditionen, die beim Umzug in die Stadt leicht verloren gehen, und der weit fortgeschrittene Assimilierungsprozess sein. Soziologische Untersuchungen stellen bei der belarussischen Minderheit im Vergleich zur ukrainischen Minderheit eine schwache Selbstidentifikation fest. Infolge des Verlustes der eigenen Sprache verlagert sie sich zunehmend in den religiösen Bereich, was die nationale belarussische Minderheit vor allem zu einer religiösen, orthodoxen Minderheit macht.

Die Migrationspolitik Polens

Bevor ich zur Darstellung der Unterstützungsprogramme für die belarussische Diaspora komme, sollen die Grundzüge der polnischen Migrationspolitik erläutert werden. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems wandte sich Polen von der bisher kontrollierenden und reglementierenden Migrationspolitik ab. Wichtigste Ziele der neuen Politik wurden die »Europäisierung« sowie die Anwendung internationaler Normen und Praktiken. Eine der ersten Entscheidungen war die von der polnischen Regierung bereits 1991 vollzogene Ratifizierung der Genfer Flüchtlingskonvention und die damit einhergehende Implementierung des Rechtes auf internationalen Schutz in die polnische Gesetzgebung. Interessanterweise war die Asylgesetz-

gebung viele Jahre lang der am besten entwickelte Teil der polnischen Migrationspolitik, während Vorschriften zum Erhalt eines legalen Aufenthaltsstatus in Polen aus verschiedenen Gründen noch nicht ausgearbeitet waren. In den Folgejahren, während des Beitrittsprozesses zur Europäischen Union und zusammen mit der Entwicklung der Asylpolitik der Europäischen Union, führte Polen auch andere internationale Schutzmechanismen wie den subsidiären oder den temporären Schutz in sein Rechtssystem ein sowie auch nationale Schutzmechanismen, so den Status der Duldung und später auch das humanitäre Visum. Eine spezifisch nationale Form des Schutzes ist auch das politische Asyl, das gemäß polnischer Verfassung zuerkannt wird: Asyl kann unabhängig von jedweden Voraussetzungen gewährt werden, es reicht hier der politische Wille des Staates. Festzuhalten ist auch, dass bis zum Jahr 2015, als politische Akteure begannen, das Thema Migration für den Parlamentswahlkampf auszunutzen (leider sehr häufig auf extrem populistische Art und Weise), die Flüchtlingsproblematik in Polen nicht politisch instrumentalisiert worden war. Das erlaubte einerseits, den technokratisch-bürokratischen Charakter dieses Bereichs beizubehalten, andererseits verhinderte das wegen fehlender Aufmerksamkeit vonseiten der Politik die Entwicklung ambitionierterer Unterstützungsprogramme für politische Flüchtlinge.

Im allgemeinen Verständnis erfüllt eine Person, die ihre Heimat aus Angst vor Verfolgung wegen ihrer politischen Ansichten verlässt, maximal die Voraussetzungen für die Zuerkennung des Flüchtlingsstatus auf der Grundlage der Genfer Konvention. Allerdings ist das in der Praxis nicht immer der Fall. Die betreffende Person ist nicht immer im Stande, die individuell bestehende Gefahr vor Verfolgung zu beweisen; hinzu kommt, dass sie eventuell nicht den Flüchtlingsstatus beantragen will bzw. muss. Aus der Befürchtung möglichen Missbrauchs heraus haben die Länder der Europäischen Union das Antragsverfahren immer mehr verschärft. Das hat in der Praxis zur Folge, dass Anträge als unbegründet bewertet oder zurückgewiesen werden, obwohl damit häufig das Recht des Antragstellers auf den Flüchtlingsstatus verletzt wird. Andererseits zeigen die von mir durchgeführten Untersuchungen, dass sich gerade die aktivsten belarussischen Oppositionellen und Menschenrechtler nicht unbedingt um den Flüchtlingsstatus bemühen wollen, da dies ihnen letztlich die Rückkehr nach Belarus versperrt und negative Folgen für die in Belarus verbliebenen Familienmitglieder nach sich ziehen kann. Die Anzahl der eingereichten oder anerkannten Anträge auf den Flüchtlingsstatus oder andere Schutzkategorien ist daher eine sehr wenig aussagekräftige Kennziffer. Sie kann die Existenz einer politischen Diaspora aus einem bestimmten Land anzeigen, kann aber auch irrefüh-

rende Aussagen machen. Wichtige, wenn nicht wichtigere Anzeiger sind die Anzahl der registrierten Organisationen der Diaspora im Zielland oder die Anzahl ihrer Mitglieder. Allerdings bildet sich die belarussische Diaspora im Sinne einer politisch und gesellschaftlich aktiven Gruppe zurzeit erst heraus und ist noch nicht ausgeprägt formalisiert.

Außer der Asylgesetzgebung haben für die belarussische Emigration drei recht spezifische Einrichtungen des polnischen Migrationsrechts Schlüsselbedeutung. Es geht hier erstens um die seit 2007 entwickelten und 2013 vollständig in Kraft gesetzten Vorschriften über den erleichterten befristeten Zugang zum Arbeitsmarkt für die Bürger der Länder der Östlichen Partnerschaft und Russlands. So können die belarussischen Bürger nach Polen einreisen und sich auf der Grundlage einer Absichtserklärung des Arbeitgebers, den ausländischen Arbeitnehmer in einem Zeitraum von bis zu 24 Monaten (vor 2021 waren es sechs Monate) zu beschäftigen, legal im Land aufhalten und arbeiten. Dies ist die einfachste Möglichkeit, einen legalen Aufenthalt in Polen anzutreten, und erfordert zudem nur ein Minimum an Formalitäten. Viele Belarussen machen von ihr Gebrauch, unabhängig vom Grund ihres Weggangs aus dem Herkunftsland. Die zweite, nicht mehr zeitlich begrenzte, sondern auf Langfristigkeit angelegte Möglichkeit, ein Aufenthaltsrecht in Polen zu erlangen, ergibt sich aus dem Besitz der sog. Polen-Charta. Dieses Dokument, das per Gesetz im Jahr 2007 eingeführt wurde, bestätigt die polnische Abstammung. Der Besitzer der Polen-Charta kann ein vereinfachtes Verfahren zur Erlangung einer Niederlassungserlaubnis in Anspruch nehmen. Drittens begann Polen im Jahr 2020, aktiv das Instrument des humanitären Visums einzusetzen, das vom EU-Gesetz vorgesehen ist. Polen passte das Instrument mit Blick auf den verstärkten Zustrom von belarussischen Bürgern an seinen Bedarf an und ermöglichte ihnen nicht nur die Einreise nach Polen aus humanitären Gründen, sondern befreite die Berechtigten auch von der Notwendigkeit, eine Arbeitserlaubnis zu beantragen.

Flüchtlinge aus Belarus in Polen vor dem Hintergrund anderer nationaler Gruppen

Polen ist ein Land, das auf gemäßigttes Interesse bei Menschen stößt, die in der EU den Flüchtlingsstatus beanspruchen. Polen hatte deutlich weniger als die westeuropäischen Länder mit der Migration aus den Gebieten des Balkankrieges und später des Nahen Ostens während der sog. Flüchtlingskrise 2015 zu tun. Am sichtbarsten ist Polen Zielland für diejenigen Flüchtlinge, die historische Verbindungen zu Polen haben, insbesondere im Zusammenhang mit den nationalen Freiheitsbestrebungen. So kam auch die Mehrheit der Personen, die den Flüchtlingsstatus in Polen beantragten, aus den Ländern

der ehemaligen UdSSR. Von 1991 bis Ende 2016 stellten knapp 140.000 Ausländer einen Antrag auf Flüchtlingsstatus. Die Rekordzahl von über 15.000 Anträgen ging im Jahr 2013 ein, als die Anzahl der Gesuche von Bürgern der Russischen Föderation tschetschenischer Herkunft drastisch stieg. In dieser Zeit brachten Bürger der Russischen Föderation (diese mit deutlicher Mehrheit), Armeniens, Georgiens und der Ukraine die meisten Anträge ein. Allerdings wurde nur knapp 23.000 Personen der Flüchtlingsstatus zuerkannt, was sowohl auf den großen Anteil von Absagen als auch von Verfahrenseinstellungen zurückzuführen ist, wenn z. B. Geflüchtete während der Bearbeitung ihres gestellten Antrags nach Deutschland oder in andere EU-Länder weiterreisten (insbesondere vor Inkrafttreten des Dublin-Abkommens III, das seit 2014 u. a. regelt, dass ein Asylbewerber in dem EU-Mitgliedstaat seinen Asylantrag stellen muss, in dem er den EU-Raum erstmals betreten hat). Mit der Einführung des subsidiären Schutzstatus wurde dieser der vorherrschende Typ der zuerkannten Status. 2016 kam es zu einer grundsätzlichen Verschärfung des Asylprozedere durch die polnischen Behörden; u. a. wurden Anträge direkt an Grenzübergängen abgewiesen, was v.a. für Bürger der Russischen Föderation tschetschenischer Nationalität sowie Tadschikistans den Zugang auf polnisches Gebiet erschwerte und Polen einige negative Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte einbrachte.

Mit Blick auf die hier genannten Daten waren belarussische Bürger bis 2020 weniger unter den Antragstellern auf internationalen Schutz vertreten. Es wurde auch keine klare Korrelation zwischen der Verschärfung der Repressionen in Belarus und der Anzahl der gestellten Anträge sichtbar. Die Welle der Repressionen und Zukunftssorgen, die im August 2020 einsetzte, scheint jedoch ein Wendepunkt gewesen zu sein. Die Belarussen begannen, die Möglichkeit des Schutzstatus zu nutzen. Insgesamt stellten sie in den Jahren 2020 bis 2022 (bis April) mehr als 2.800 Anträge auf internationalen oder nationalen Schutz. 2020 lag die Anerkennungsquote bei 79 Prozent, 2021 und 2022 (bis April) bei fast 100 Prozent. Die Popularität der Möglichkeit der Arbeitsmigration war bereits früher gestiegen, in den Jahren 2016 bis 2017. Im Jahr 2017 wurden belarussischen Bürgern 58.000 Arbeitgeberbescheinigungen ausgestellt, im Jahr 2019 waren es 69.000 und 2021 wurden 78.000 angefertigt. Auch das Interesse an der Polen-Charta wurde ab 2017 deutlich stärker, auch wenn dieses Dokument per se kein Instrument der Migrationspolitik ist. Insgesamt erhielten im Zeitraum von 2008 bis 2019 144.000 Bürger von Belarus die Polen-Charta. Betrachtet man die Gesamtzahl der Anträge auf Aufenthalt in Polen (gewöhnlich im Zusammenhang mit der Polen-Charta, aber auch Studium oder Familienzu-

sammenführung) sowie der befristeten Arbeitsgenehmigungen (Bescheinigung des Arbeitgebers) sind Belarussen seit 2019 nach den Ukrainern die zweitstärkste Migrantengruppe in Polen.

Die Entwicklung von Unterstützungsmaßnahmen für Belarussen

Bereits seit dem gefälschten Verfassungsreferendum in Belarus im Jahr 1996, mit dem Lukaschenko seine Rechte massiv ausbaute, setzte es sich Polen zum Ziel, die Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien in Belarus zu unterstützen. Die Unterstützung der exilierten politischen Diaspora begann sich allerdings erst in den Jahren 2005/06 als Ziel herauszubilden. Abgesehen von Aktivitäten mit dem Ziel, die unabhängigen polnischen Organisationen in Belarus aufzulösen, fanden im Jahr 2006 dort Präsidentenwahlen statt, in deren Umfeld Vertreter der Opposition schikaniert wurden und eine Massendemonstration für den Kandidaten der Opposition, Alexander Milinkewitsch, brutal auseinandergetrieben wurde.

Die Repressionen gegenüber den Studenten, die einen großen Teil der Protestierenden im Jahr 2006 stellten (u. a. der massenhafte Verweis von den Universitäten), waren der direkte Auslöser für die polnische Regierung, noch im selben Jahr das erste institutionalisierte Unterstützungsprogramm für belarussische Migranten aufzulegen. Das Konstanty Kalinowski-Stipendienprogramm für Studenten aus Belarus, die von ihrer Universität verwiesen wurden, wurde aus dem öffentlichen Haushalt finanziert und zeichnete sich durch sehr flexible Anwendungsregeln aus. An dem Programm nahmen in seiner ersten Auflage 300 Personen teil. Es umfasste u. a. Polnischsprachkurse und die Möglichkeit, dass das Studium an einer polnischen Hochschule sogar für einen Zeitraum von fünf Jahren finanziert wird. Das Programm gibt es auch heute noch, wobei die Regeln verändert wurden. Das Interesse an diesem Angebot war im Laufe der Jahre unterschiedlich. Gewöhnlich vergrößerte es sich nach Repressionswellen in Belarus, die in der Regel mit nichtdemokratischen Wahlen einhergingen, so in den Jahren 2010 und 2020. Laut Informationen der Programmvertreter haben zwischen 2006 und 2020 an insgesamt 79 Hochschulen in Polen 1.762 Stipendiaten des Programms studiert.

Das Jahr 2006 war auch eine Zäsur, was die Aktivierung der polnischen Zivilgesellschaft für die Unterstützung demokratischer Veränderungen in Belarus sowie die Unterstützung für belarussische Aktivisten und Kulturschaffende, die Belarus verlassen mussten, anbelangt. Seit 2006 organisiert die von Studenten gegründete Initiative Freies Belarus (poln. *Wolna Białoruś*) jährlich Konzerte mit hervorragenden belarussischen und polnischen Musikern im Zentrum von Warschau, was das

Problembewusstsein über die Menschenrechtsverletzungen in Belarus in der polnischen Gesellschaft deutlich schärfte. Darüber hinaus entstanden weitere soziale Organisationen, z. B. Freiheit und Demokratie (poln. *Wolność i Demokracja*), die sich zum Ziel gesetzt hat, Opfer von Repressionen in Belarus zu helfen. Die ersten polnischen Organisationen, die demokratische Entwicklungen in Belarus unterstützten, entstanden aber bereits Mitte der 1990er Jahre, z. B. das Institut für Demokratie in Osteuropa (*Institut na rzecz Demokracji w Europie Wschodniej*), das Osteuropäische Demokratische Zentrum (*Wschodnioeuropejskie Centrum Demokratyczne*) oder das belarussische Programm der Stefan Batory-Stiftung (*Fundacja im. Stefana Batorego*).

Außerdem setzte eine schnelle Entwicklung bei unabhängigen belarussischen Medien ein, die immer weniger Möglichkeiten hatten, in Belarus zu arbeiten. Die wichtigste Initiative dieser Art ist vermutlich der im Jahr 2007 von belarussischen und polnischen Journalisten gegründete TV-Satelliten-Sender *Bielsat*, der seine Programme nach Belarus ausstrahlt. Der Sender entstand und arbeitet dank einer Vereinbarung zwischen dem polnischen Außenministerium und dem Polnischen Fernsehen (*Telewizja Polska S.A.*) über eine langjährige, gemeinsame Produktion. *Bielsat TV* und die mit ihm verbundenen Medien (v.a. die Webseite) sind vermutlich europaweit das größte Unterstützerprojekt für unabhängige Medien in Belarus. Daneben gibt es weitere unabhängige belarussische Medien, die aus Polen in belarussischer Sprache senden, etwa Radio *Racjja* (poln. *Racja*) im nordostpolnischen Białystok, das aus dem polnischen öffentlichen Haushalt finanziert wird, oder das Europäische Radio für Belarus mit Sitz in Warschau.

Infolge der Repressionen, die gesellschaftliche und politische Organisationen nach den gefälschten Präsidentenwahlen im Jahr 2010 trafen, mussten viele von ihnen nach Polen oder Litauen gehen, um ihre Tätigkeit fortsetzen zu können. Zu nennen wären hier v.a. die Organisation *Charta 97*, das belarussische Pendant zur tschechoslowakischen *Charta 77*, eine Initiative, die belarussische Organisationen und oppositionelle Politiker gegen die Diktatur vereint, oder das Belarussische Haus in Warschau (poln. *Białoruski Dom w Warszawie*), das im Jahr 2010 auf Initiative zweier belarussischer demokratischer Bewegungen (Bewegung »Für die Freiheit« und Bewegung des Europäischen Belarus) entstand. Inzwischen ist das Belarussische Haus, so seine Gründer, zu einer »unabhängigen Botschaft« von Belarus geworden, die die in Polen lebenden Belarussen unterstützt.

Das Hilfspaket »Solidarisch mit Belarus«

Zwar existierten Organisationen und Ideen zur Unterstützung der belarussischen politischen Diaspora schon

früher, doch wurde die Unterstützung erst mit dem August 2020 institutionalisiert und der Einsatz für die belarussische Emigration eine Priorität für die polnische Zentralregierung. Sehr schnell, und zwar bereits eine Woche nach den gefälschten Präsidentenwahlen in Belarus gab die polnische Regierung einen Unterstützungsplan für die Belarussen in Polen bekannt, der die bereits bestehenden Programme sowie neue Instrumente umfasste. Der Plan sah Hilfe für die unabhängigen Medien und den Ausbau des Kalinowski-Stipendienprogramms vor, aber auch neue Initiativen wie finanzielle Unterstützung für verfolgte Personen, psychologische Hilfe, Beratungen für rechtliche Angelegenheiten des Aufenthaltsstatus, Sprachkurse, Hilfe bei Übersetzungen sowie bei der Arbeits- und Wohnungssuche. Hinzu kam das neue Programm der Stiftung für Internationale Solidarität (*Fundacja Solidarności Międzynarodowej*), das sich an Nichtregierungsorganisationen wendet. Bei der Implementierung des Hilfspakets machte die Regierung deutlich, dass sich dieses nicht gegen Belarus und die belarussische Gesellschaft richte, sondern vielmehr die am stärksten Geschädigten unterstützen solle. Sowohl Vertreter der Opposition als auch Experten lobten übereinstimmend den Einsatz der Regierung zur Unterstützung der Belarussen. Kritisiert wurde allerdings das Fehlen transparenter Regeln für die Bewilligung der Hilfsmaßnahmen; auch wurde angemahnt, die Rolle belarussischer Organisationen bei der Gestaltung der Hilfsangebote zu vergrößern.

Darüber hinaus wurden auch grundlegende Gesetzesänderungen vorgenommen, die belarussischen Bürgern die Einreise und die Legalisierung ihres Aufenthaltes in Polen erleichtern. Die Vergabe von humanitären Visa wurde ausgebaut und es wurden spezielle Visa und begrenzte Unterstützungsleistungen im Rahmen des Programms *Poland Business Harbour* eingeführt. Deren Ziel ist es, Beschäftigte im IT-Sektor, die ihre Tätigkeit in Polen ansiedeln, befristet zu unterstützen. Erleichterungen wurden auch für medizinisches Fachpersonal aus Belarus eingeführt, das in Polen eine Tätigkeit aufnehmen will. Informationen des Außenministeriums vom Juni 2021 zufolge wurden seit August 2020 knapp 125.000 Visa an belarussische Bürger ausgegeben, darunter ca. 10.000 humanitäre Visa. Mehr als 3.000 Personen nutzten das Programm *Poland Business Harbour*. Nach der Erweiterung des Programms auf Bürger der Ukraine bis zum Mai 2022 wurden 21.000 Visa ausgestellt. Seit Dezember 2020 haben sich knapp 1.000 medizinische Fachkräfte für einen Polnischsprachkurs oder Polnischkurs für medizinische Fachsprache angemeldet, was ihre Arbeitssuche erleichtern dürfte. Eine offene Frage bleibt, inwieweit diese Programme nicht zum Ziel haben, langfristig hochqualifizierte Fachkräfte in den polnischen Arbeitsmarkt zu integrieren, bzw.

inwieweit auch Mechanismen eingeführt werden, die die Rückkehr von Migranten nach Belarus unterstützen, sollte sich dort die politische Situation ändern.

Die Aktivitäten der Diaspora

Ausmaß und Verlauf der Proteste in Belarus nach den Präsidentenwahlen 2020 erinnerten an die Demonstrationen aus den Anfängen des Kampfes gegen das Regime und überraschten sowohl die Machthaber im Land als auch die internationale Öffentlichkeit, vor allem aber die Belarussen selbst. Auch die massenhafte Mobilisierung der Belarussen im Ausland war beispiellos. Zum ersten Mal traten als neue Eigenschaften der belarussischen Diaspora ihre breite Politisierung und ihr zivilgesellschaftliches Engagement hervor. Neben Demonstrationen, Protestkundgebungen und Menschenketten wurden neue Aktionen wie Konzerte, Picknicks, Flashmobs u. ä. durchgeführt. Während der COVID-19-Pandemie passten sich die Protestformen rasch an die epidemiologischen Schutzmaßnahmen an und verlagerten sich ins Internet oder äußerten sich in individuellen Protestbekundungen. Verbreitet war z. B., eine belarussische Fahne ins Fenster zu hängen. Im Prinzip entstanden in jeder größeren Stadt Organisationen zur Unterstützung verfolgter Belarussen bzw. wurden sie reaktiviert. Auf nationaler Ebene wurden außer dem bereits genannten Belarussischen Haus neue Organisationen gegründet wie das Zentrum für Belarussische Solidarität (poln. *Centrum Białoruskiej Solidarności*) oder das Belarussische Jugend-Drehkreuz (poln. *Białoruski Młodzieżowy Hub*). Eine besondere Bedeutung für die oppositionelle Bewegung in Belarus sowie die Mobilisierung der belarussischen Diaspora haben die sozialen Medien, u. a. der legendäre Kanal *Telegram NEXTA* mit Sitz in Polen. Was fehlt, sind eindeutige, öffentlich zugängliche Informationen darüber, warum Swetlana Tichanowskaja als »nationale Anführerin der belarussischen Opposition« in Wilna (Litauen) lebt. Sie gehört zum Präsidium des sog. Koordinationsrates für die Machtübergabe in Belarus, der erklärt, das einzige »Vertreterorgan der belarus-

sischen Gesellschaft« zu sein. In Warschau ist dagegen Pawel Latuschko aktiv, der das sog. Nationale Krisenmanagement leitet. Der ehemalige Kulturminister von Belarus formuliert als Ziel, detaillierte Pläne für einen Machtwechsel in Belarus und die politisch-wirtschaftliche Transformation auszuarbeiten.

Was kommt nach dem russischen Angriff auf die Ukraine?

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die enge belarussisch-russische Zusammenarbeit im militärischen Bereich und die Angriffe auf die Ukraine von belarussischem Gebiet aus führten zu einer dramatischen Verschlechterung der Lage der belarussischen Diaspora. Die aktive Unterstützung, die das belarussische Regime dem Aggressor Russland gewährt, beschädigte einerseits das Ansehen der belarussischen Diaspora in den Aufnahmegesellschaften und rief andererseits Schuldgefühle und Frustration unter den Belarussen in der Emigration hervor. Die emigrierten Aktivisten kamen überein, dass sie sich angesichts der neuen Situation klar für die Ukraine aussprechen müssen, und begannen, die Zivilgesellschaft im Heimatland zu Sabotageakten oder passivem Widerstand gegen die militärischen Aktivitäten aufzurufen, was auch einen gewissen Erfolg zeitigte. Zudem wurde eine Sondereinheit aus belarussischen Emigranten gebildet, die auf der Seite der Ukraine kämpft. Allerdings stellen sie sich dadurch in eine noch größere Opposition zu den aktuellen belarussischen Machthabern und setzen sich Repressionen aus; zudem ist nicht klar, ob dies ihrer Popularität in der belarussischen Gesellschaft dienlich ist, die unter dem aktiven Einfluss der russischen Propaganda steht. Was die polnische Regierung und Gesellschaft betrifft, so ist es selbstverständlich, dass zurzeit der Großteil der Mittel und Kräfte für die Hilfe für die ca. 1,5 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine zum Einsatz kommt, die seit Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 nach Polen kamen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über die Autorin

Dr. *Marta Jaroszewicz* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin am Zentrum für Migrationsforschung der Universität Warschau (*Ośrodek Badań Nad Migracjami Uniwersytetu Warszawskiego*). Vorher arbeitete sie am Zentrum für Oststudien (*Ośrodek Studiów Wschodnich*), in der *International Organization for Migration* (Vertretung Kiew/Ukraine) und als nationale Beraterin in der Generaldirektion Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen der Europäischen Kommission. Ihre Forschungsinteressen sind Migrationsprozesse in Osteuropa, Zusammenhänge zwischen Migration und Sicherheit sowie Fragen der politisch-gesellschaftlichen Transformation.

Lesehinweis

- Polen-Analysen Nr. 264 vom 03.11.2020 »Belarus und Polen«, <https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/264/>

Diana Ignatkowa (geb. 2002) Zwischen Euphorie und tiefer Trauer

Diana ist 20 Jahre alt und Studentin der Kunsthochschule in Minsk. Nach der gefälschten Wahl in Belarus hat sie sich in der Protestbewegung engagiert, sie hat Internetseiten der Studentischen Opposition verwaltet und gehörte zu den Gründern der belarussischen Student Art Association (SOI). Sie ist noch nie im Leben geflogen. Zum ersten Mal war sie über den Wolken, als sie ihre Heimat verlassen musste. Am 21. März 2021 bestieg sie ein Flugzeug Richtung Warschau. Im Gepäck hatte sie nur das Notwendigste für sich selbst, sowie Bilder und Musikinstrumente ihrer Freunde. Dafür musste ihr warmer Wintermantel zu Hause bleiben. Der Mantel, der ihr beim Verhör gute Dienste geleistet hatte ...

[...]

Ihre Geschichte erzählt mir die Studentin der Malerei im Café des Warschauer Theaters *Teatr Nowy* in Mokotów.

[...]

»Am 6. März bin ich von Minsk nach Hause gefahren. Dort habe ich mich von meiner Mutter verabschiedet und die Sachen für meine Ausreise vorbereitet. Es waren sehr traurige Tage, denn meine Mutter und ich wussten nicht, wann wir uns wiedersehen würden. Mein Freund, Kostja, der mit mir zusammen verhaftet und dann verhört worden war, hat mich angerufen, und wir haben beschlossen, zusammen zu fliegen. Wir hatten Flugtickets für den 21. März 2021. Ich habe 15 Bilder für eine Ausstellung mitgenommen, und als weitere Extra-Gepäckstücke hatten wir noch Musikinstrumente dabei. Kostja ist Musiker, er hat seine Trompete mitgenommen und für eine Freundin das Cello. Da war es gut, dass wir zusammen geflogen sind.

Die 15 Bilder waren eigentlich für eine Ausstellung von Studierenden in Minsk bestimmt, die in Zusammenarbeit mit der Kunst- und der Musikhochschule stattfinden sollte, doch dazu kam es nicht.

Wir hatten allerdings weder das Geld für die Flugtickets, ein Ticket kostete zwischen 200 und 250 Euro, noch um das Extra-Gepäck zu bezahlen. Den dafür nötigen Betrag ließ uns eine Professorin meiner Universität zukommen, eine wunderbare Frau, Autorin von Theaterstücken, Romanen und Gedichten. Ich weiß noch nicht mal, ob sie über mich persönlich Bescheid wusste oder ob es ihr um die Ausstellung der Bilder der Studierenden gegangen war, jedenfalls hat sie uns ausreichend Geld geschickt.

Es war zu dem Zeitpunkt so, dass Studierende aus unserem Kreis, ebenso wie andere Kunstschaffende, Autorinnen und Autoren verhaftet wurden, sie saßen fest, wurden verhört, und die geplante Ausstellung in Minsk konnte nicht stattfinden. Die Studierenden waren durch ihre Bilder in Gefahr geraten, denn ihre Werke waren politischer Natur und hatten etwas mit der Protestbewegung zu tun, sie spiegelten die revolutionäre Stimmung dieser Tage.

Aber die Bilder waren in der Welt, also musste die Ausstellung auch stattfinden, egal wo. Da es in Minsk nicht möglich war, sollte es in Warschau sein. Zehn Bilder hatten bereits andere mitgenommen, bevor auch ich Belarus verlassen habe, die restlichen habe ich eingepackt. Die Rahmen konnten wir natürlich nicht mitnehmen, wir haben die Leinwände zusammengerollt, um die Bilder so transportieren zu können. In Warschau mussten die Bilder wieder aufgespannt werden. Vom polnischen Kulturrat haben wir dafür finanzielle Unterstützung erhalten. Auch wenn wir anfangs keine Perspektive in Warschau hatten, kein Geld, keinen Raum, glaubten wir an diese Ausstellung, die wir unbedingt auf die Beine stellen wollten.«

Im Oktober 2021 war es dann so weit und die Ausstellung wurde in Warschau gezeigt. Die Bilder sind ausdrucksstark und von künstlerisch hohem Wert. Die Ausstellung wurde auf Instagram dokumentiert.

Die Student Art Association hat eine Webseite, auf der regelmäßig Informationen zu bevorstehenden Ereignissen und Stipendien verbreitet werden. Auch Diana ist wieder dabei und kümmert sich um die verschiedenen Social-Media-Kanäle.

»Hier in Polen habe ich viele Möglichkeiten, um für meine belarussischen Kollegen und Kolleginnen etwas zu tun. Wir können weiterhin den politischen Protest gegen die Zustände in Belarus mit der Kunst verbinden. Ohne technische Ausstattung und finanzielle Mittel kann man jedoch wenig ausrichten.

Nach der Verhaftung musste ich mir ein neues Handy kaufen. Mein altes Handy habe ich zwar zurückbekommen, aber wenn man vom KGB verhört wurde, benutzt man danach sein Handy nicht mehr, es ist zu riskant. Freunde haben mir dann zu einem neuen Handy verholfen. In Belarus gibt es Initiativen, die die Handys übernehmen, wenn man aus der Haft entlassen wird, und man bekommt Geld für ein neues Telefon. Aber man braucht natürlich auch eine neue SIM-Karte, alles muss neu eingerichtet werden.«

Ich frage sie, wie sie sich mittlerweile in Warschau eingelebt hat.

»Ich fühle mich sehr gut hier. Aber der Anfang war nicht leicht. Als ich nach Warschau kam, hatte ich 200 Euro in der Tasche und sonst nichts. Doch es gibt BY_help, ein Hilfsforum für politisch Verfolgte. Dort kann man die Geschichten von Verfolgten lesen und die Menschen finanziell unterstützen. Ich habe meine Geschichte dort auch gepostet, und ein paar Besucher der Webseite haben Geld für mich gespendet. Ich bin so innerhalb eines Monats auf tausend Zloty gekommen.

Diese Webseite ist sehr wichtig für Menschen, die verhaftet und zur Zahlung hoher Geldstrafen verurteilt wurden, denn meist haben sie kein Geld, um die Zahlungen an den Staat zu leisten.

Die tausend Zloty haben mir geholfen, den ersten Monat in Polen zu überleben.

Wie ich bereits erzählt habe, war ich von der französischen Kultur sehr beeindruckt, und Polen ist gewissermaßen mein kleines Frankreich geworden. Ich weiß, dass Polen und Frankreich in der Vergangenheit viel verbunden hat, in Warschau ist das noch zu sehen. Ich kann nicht erklären, warum, aber ich fühle mich gut hier, obwohl ich noch nicht weiß, ob ich in Warschau bleibe, andere polnische Städte interessieren mich auch.

In Polen war ich zuvor noch nie gewesen. Als ich mich um ein humanitäres Visum bemühte, entschied ich mich für Polen, weil hier die meisten Menschen leben, die ich kenne. Ich bekam das Visum an einem Tag, am nächsten musste ich schon fliehen. Es ging alles sehr schnell.«

Diana nimmt auch in Warschau an Protestaktionen teil. Eine der bekanntesten Aktionen war der Hungerstreik vor der Vertretung der Europäischen Kommission in Warschau im Mai 2021 nach der Entführung der Ryanair-Maschine mit dem Aktivisten Roman Protassewitsch am Bord. Die Protestierenden haben eine Liste mit wirtschaftlichen Kooperationen zwischen Belarus und einzelnen EU-Staaten vorgelegt und eine Verschärfung der Wirtschaftssanktionen verlangt. Diana Ignatkowa war dabei.

»Wir schliefen in Zelten und haben gefastet, um das EU-Parlament zu Sanktionen gegen Lukaschenko zu bewegen. Es war ein unglaubliches Gefühl, mitten in der Stadt in einem Zelt zu liegen und dem Leben der Stadt zuzuhören ... Dann gab es die Schreiaktion der Aktivistin Jana Shostak, ein anderes Mal gingen die polnischen Frauen auf die Straße und demonstrierten. In dieser Zeit habe ich die polnischen Frauenproteste kennengelernt.

Ich selbst habe fünf Tage gehungert, andere haben es acht Tage lang geschafft.«

Diana erzählt mir, dass sie Polnisch lernen möchte, sie hat sich zu diesem Zweck ein Buch gekauft und zeigt es mir.

»Mit diesem Buch, mit Pan Tadeusz von Adam Mickiewicz. Das Buch war bei uns Schullektüre, auf Belarussisch. Ehrlich gesagt, ich habe es damals nicht gelesen und jetzt habe ich es gekauft, um mit Adam Mickiewicz Polnisch zu lernen.«

Ich bin überrascht, denn die altertümliche, reiche Sprache des großen polnischen Dichters aus dem 19. Jahrhundert ist nicht das Polnisch, das heute gesprochen wird. Aber der revolutionäre Geist Adam Mickiewicz', der in Nowogródek, im heutigen Belarus, geboren wurde, in Vilnius studierte und von dort nach Zentralrussland verbannt wurde, scheint auch heute noch viele mitteleuropäische Literaturliebhaber und Revolutionsromantiker anzusprechen.

»Ich habe noch ein Buch gefunden, das für mich wichtig ist, Sieben Tierdialoge von Colette. Der Name der Autorin spielt in meinem Leben eine besondere Rolle. Als ich in unterschiedlichen Funktionen an der Universität tätig war, habe ich mir einen Nicknamen gegeben. Und das war Colette.

Und als während des Verhørs mein Telegram-Konto durchsucht wurde, stießen die KGB-Männer auf diesen Namen von mir, der Verwalterin der Konten. Als es dann darum ging, dass ich mit ihnen zusammenarbeiten sollte, haben sie nach einem Nicknamen für mich als Mitarbeiterin gesucht. Da habe ich wieder Colette vorgeschlagen. In diesem Moment musste ich laut lachen. Meine Nerven lagen in diesem Moment blank, und ich konnte das Lachen nicht unterdrücken, alles erschien so unreal, und das Lachen war ein Ventil für diesen furchtbaren Druck, unter dem ich während des Verhørs gestanden hatte.

Dieser Druck hat sich in meinen Körper eingespeichert, in Erinnerungen festgefressen. Immer wieder, fast zwanghaft, habe ich dieses Verhör, jedes Wort, das bei dem Verhör gefallen ist, analysiert. Die Monate nach der Wahl waren ein einziges Wechselbad der Gefühle. Mal war ich im siebten Himmel vor Glück über uns alle, über die neue Freiheit und die Solidarität des Volkes, dann wieder stürzte ich in ein tiefes Loch der Verzweiflung angesichts der Gewalt und Lügen des Regimes. Ich pendelte zwischen Euphorie und tiefer Trauer.

Hier, in Polen, habe ich eine Therapie angefangen. Die Therapeutin nahm erstaunt zur Kenntnis, dass ich ihr die schrecklichsten Geschichten mit einem Lächeln erzählte. Sie hat mir dann erklärt, dass das Lächeln die Funktion hat, Emotionen zurückzuhalten, und solange ich mit einem fröhlichen Gesicht von meinen Erlebnissen erzähle, würde ich zu ihnen keinen Zugang finden. Das hat mich nachdenklich gemacht ...

Deshalb führe ich jetzt Tagebuch. Ich schreibe nicht über die Vergangenheit, sondern über meinen Alltag, über das, was ich jetzt erlebe. Mein Kopf ist voll, es tut gut, die Gedanken zu ordnen. Außerdem mache ich einen Polnisch-Kurs und allmählich kann ich auch polnisch lesen.

In den Tiergeschichten von Colette, die ich mithilfe eines Wörterbuchs in polnischer Sprache gelesen habe, entdeckte ich ihren Hang zum einfachen Leben in einer für sie sehr angespannten Zeit, in der sie sich von ihrem Mann scheiden ließ. Er hat Bücher von ihr, die berühmten Claudine-Romane, unter seinem Namen veröffentlicht. Die Scheidung war furchtbar. Die Einfachheit der Tiergeschichten hat Colette in dieser stürmischen Phase ihres Lebens beruhigt.

Auch ich sehne mich oft nach Einfachheit, nach stillen Momenten, in denen mein Geist zur Ruhe kommt. Das Tagebuchschreiben hilft mir dabei, denn jeden Tag gibt es neue Erkenntnisse und Reflexionen, die festgehalten werden wollen. Es gibt Tage, an denen ich unglaublich dankbar bin, dass ich lebe und neue Freunde gefunden habe, und dann gibt es Tage, an denen ich nah am Verzweifeln bin über meine Lage und die Zustände in meinem Land.«

Als ich mit Diana nach dem Schreiben des Beitrags über sie drei Monate nach unserem Treffen in Warschau telefoniere, unterhalten wir uns nicht mehr auf Russisch, sondern auf Polnisch. Diana hat inzwischen sogar schon als Statistin beim Film gearbeitet. Aber für mich ist sie ein Star und keine Statistin.

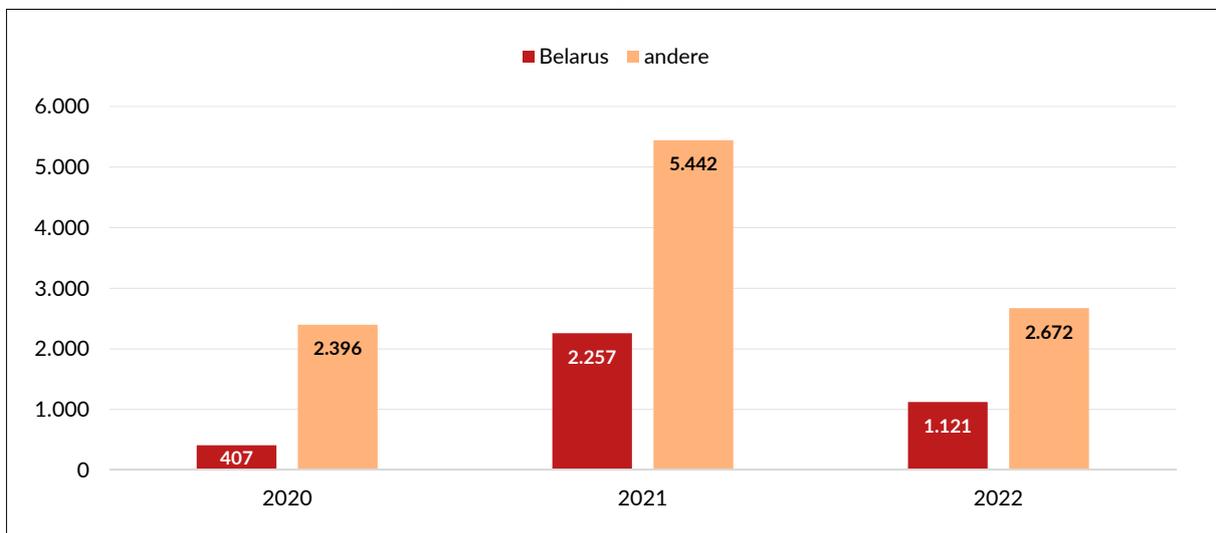
Quelle: Diana Ignatkowa: *Zwischen Euphorie und tiefer Trauer*. In: Dorota Danielewicz: *Der weiße Gesang. Die mutigen Frauen der belarussischen Revolution*. München: Europa-Verlag 2022. Abdruck der Auszüge mit freundlicher Genehmigung des Verlags.

Siehe Lesehinweis auf S. 15.

STATISTIK

Belarussische Bürger in Polen: Schutz- und Aufenthaltsstatus

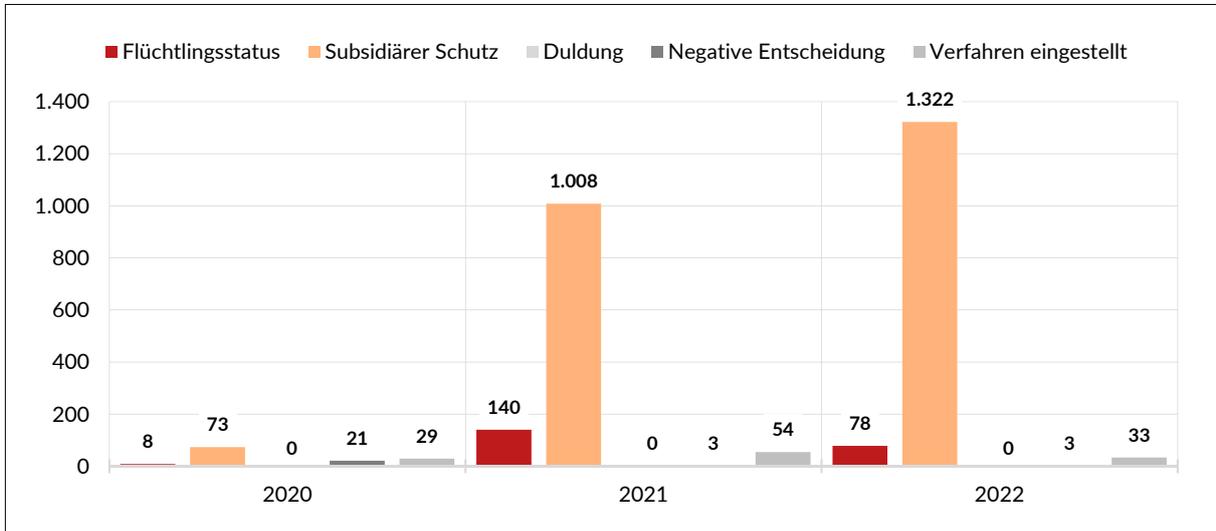
Grafik 1: Polen: Anzahl der Anträge belarussischer Bürger auf internationalen Schutz (2020–2022)*



*Stand: 30.04.2022

Quelle: Urząd do spraw Cudzoziemców [Die Ausländerbehörde]: Raport na temat obywateli Białorusi [Bericht zu den Bürgern Belarus'] (Stand: 30.04.2022). <https://www.gov.pl/web/udsc/> (abgerufen am 02.06.2022).

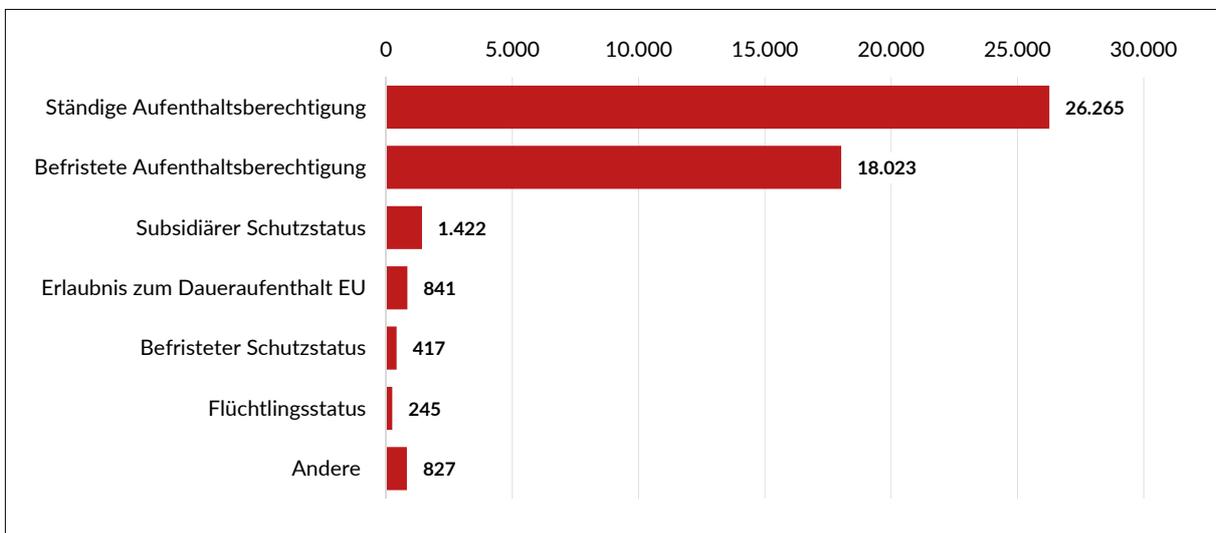
Grafik 2: Polen: Entscheidungen über den internationalen Schutzstatus belarussischer Bürger (2020–2022)*



*Stand: 30.04.2022

Quelle: Urząd do spraw Cudzoziemców [Die Ausländerbehörde]: Raport na temat obywateli Białorusi [Bericht zu den Bürgern Belarus'] (Stand: 30.04.2022). <https://www.gov.pl/web/udsc/> (abgerufen am 02.06.2022).

Grafik 3: Die Anzahl belarussischer Staatsbürger mit gültiger Aufenthaltsgenehmigung für Polen (Stand: 30.04.2022)



*Stand: 30.04.2022

Quelle: Urząd do spraw Cudzoziemców [Die Ausländerbehörde]: Raport na temat obywateli Białorusi [Bericht zu den Bürgern Belarus'] (Stand: 30.04.2022). <https://www.gov.pl/web/udsc/> (abgerufen am 02.06.2022).

CHRONIK

17. Mai 2022 – 6. Juni 2022

17.05.2022	Das Regierungskabinet beschließt einen Gesetzesentwurf zur 14. Monatsrente in Höhe von 1.338,44 Zloty. Sie soll im August dieses Jahres an diejenigen Rentempfänger ausgezahlt werden, deren Bruttorente maximal 2.900 Zloty beträgt. Personen mit einer höheren regulären Rente erhalten eine geringere 14. Rentenzahlung. Die Kosten für die 14. Zahlung werden für 2022 mit 11,4 Mrd. Zloty veranschlagt. Offiziellen Angaben zufolge werden in diesem Jahr 7,7 Mio. Rentempfänger die 14. Rentenzahlung in voller Höhe, 1,3 Mio. eine reduzierte Zahlung erhalten.
18.05.2022	Nach einem Gespräch mit Michael Scharfswerd, Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt, sagt Paweł Soloch, Leiter des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN), für Polen sei es am wichtigsten, dass Russland realistisch als langfristige Gefahr für Europa und die Welt eingeschätzt werde. Außerdem sollte die Idee der Stärkung der europäischen Verteidigungspolitik mit der gegenwärtig stattfindenden Transformation der NATO kompatibel sein. Mit Blick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sei auch über die Möglichkeiten von u. a. militärischen Kompensationen für Länder gesprochen worden, die sich besonders dafür engagieren, die Ukraine mit Waffen auszustatten. Dazu würden Polen, Estland und Lettland gehören, teilt Soloch mit. Polen, das eines der führenden Länder bei der Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine ist, erwarte auch in diesem Bereich die Solidarität der Länder Westeuropas.
19.05.2022	In seinem Eröffnungsvortrag auf der Konferenz »Strategic Ark« in Warschau sagt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, sollten Schweden und Finnland während ihres Beitrittsprozesses zur NATO von Russland angegriffen werden, werde Polen ihnen zu Hilfe kommen. Einen NATO-Beitritt beider Länder wertet er als deutliche Niederlage Moskaus. Morawiecki spricht sich dafür aus, an der NATO-Ostflanke ständige Militärbasen des Bündnisses zu errichten. Russland könne von Angriffen auf weitere Länder (über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hinaus) nur durch militärische Fähigkeiten und harte Sanktionen abgehalten werden.
20.05.2022	In einem Gespräch mit portugiesischen Medienvertretern sagt der portugiesische Regierungschef Antonio Costa am Rande seines Arbeitsbesuchs bei Ministerpräsident Mateusz Morawiecki in Warschau, Portugal sei bereit, Polen 50 Mio. Euro zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms aus der Ukraine nach Polen infolge des russischen Angriffskrieges zur Verfügung zu stellen. Außerdem habe Portugal Polen und anderen EU-Ländern angeboten, den Hafen in Sines als Umschlagplatz für Flüssiggas zu nutzen, um dies dann auf kleineren Schiffen in Häfen an der Nord- und Ostsee zu verschiffen.
22.05.2022	In seiner Rede vor dem Parlament der Ukraine in Kiew, dem Obersten Rat, sagt Präsident Andrzej Duda im Kontext des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine seien neuerdings Stimmen in Europa zu vernehmen, dass sich die Ukraine den Forderungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin beugen solle. Duda betont, dass allein die Ukraine das Recht habe, über ihre Zukunft zu entscheiden. Polen werde den Beitritt der Ukraine in die Europäische Union aktiv unterstützen. Er fordert, dass der Wiederaufbau der Ukraine durch Reparationszahlungen bestritten werden solle. Zu diesem Zweck sollten die in westlichen Banken eingefrorenen Währungsreserven Russlands eingesetzt werden.
23.05.2022	Anna Moskwa, Ministerin für Umwelt und Klima, gibt bekannt, dass die Regierung am 13. Mai den Beschluss gefasst hat, die Vereinbarung mit Russland über den Bau eines Pipelinesystems für den Transit russischen Erdgases über polnisches Territorium und russische Gaslieferungen nach Polen aufzukündigen. Die Vereinbarung war 1993 unterzeichnet worden und wurde seitdem durch verschiedene Zusätze ergänzt, zuletzt von Polen und Russland im Jahr 2010.
24.05.2022	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak kündigt an, dass Polen sechs weitere Patriot-Batterien im Rahmen des Luftverteidigungsprogramms Weichsel (Wisła) kaufen werde. Das Flugabwehrsystem aus den USA soll bis Ende des Jahres geliefert werden und 2023/24 einsatzbereit sein.
25.05.2022	Außenminister Zbigniew Rau empfängt Fernando Arias, Generaldirektor der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (engl. OPCW). Mit Blick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und den Einsatz chemischer Waffen durch Russland in anderen Zusammenhängen ruft Rau die internationale Gemeinschaft auf, sich eindeutig gegen den Einsatz chemischer Waffen zu positionieren, der ein Bruch internationalen Rechts wäre, und einen solchen in der Ukraine zu verhindern.

26.05.2022	Der Sejm beschließt mit 231 Ja-Stimmen bei 208 Gegenstimmen und 13 Enthaltungen die von Präsident Andrzej Duda eingebrachte Gesetzesnovelle zur Auflösung der Disziplinarkammer beim Obersten Gericht (Sąd Najwyższy – SN). Anstelle der Disziplinarkammer, die als nicht EU-rechtskonform gilt, soll eine Kammer für berufliche Verantwortung eingerichtet werden. Die Europäische Kommission hatte die Auflösung der Disziplinarkammer zur Bedingung für die Freigabe von EU-Mitteln zur Bekämpfung der Folgen der Coronapandemie gemacht und wurde von der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) unterstützt. Kritiker befürchten, dass die neu einzurichtende Kammer eine Fortsetzung der alten Kammer unter neuem Namen ist. Die Novelle geht nun an den Senat.
27.05.2022	Władysław Kosiniak-Kamysz, Parteichef der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), spricht sich in einem Interview des TV-Senders Polsat abermals dagegen aus, bei den kommenden Parlamentswahlen (regulär im Jahr 2023) mit einer gemeinsamen Wahlliste der Oppositionsparteien anzutreten. Die Wähler der PSL würden nicht verstehen, wenn die Partei zusammen mit der Linken (Lewica) anträte, die für die gleichgeschlechtliche Ehe mit der Möglichkeit der Adoption von Kindern sei. Von einer gemeinsamen Liste würde die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) als größte Oppositionspartei am meisten profitieren.
31.05.2022	Vor dem Hintergrund des andauernden russischen Angriffskrieges in der Ukraine verlängert Ministerpräsident Mateusz Morawiecki bis zum 30. Juni 2022 die Verordnung über die Gültigkeit der zweiten und dritten Alarmstufe in Polen. Insgesamt gibt es vier Alarmstufen. Die zweite Stufe kann ausgerufen werden, wenn eine erhöhte und vorhersehbare Gefahr terroristischer Angriffe herrscht, deren konkrete Ziele nicht identifiziert sind. Die dritte Stufe gilt zur Abwehr von Cyberangriffen. Die Inkraftsetzung der beiden Stufen fordert die Sicherheitskräfte und die öffentliche Verwaltung zu erhöhter Wachsamkeit auf.
31.05.2022	Auf dem Parteikongress der Europäischen Volkspartei (EVP) in Rotterdam wird der EVP-Vorsitzende Donald Tusk von Manfred Weber, Vizevorsitzender der CSU, abgelöst. Tusk, der in Polen erneut zum Parteivorsitzenden der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) gewählt wurde, hat im Juli 2021 angekündigt, in die polnische Politik zurückzukehren und dafür das Amt des Parteivorsitzenden der EVP niederzulegen.
01.06.2022	In Kiew finden polnisch-ukrainische Regierungskonsultationen unter dem Vorsitz der Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki und Denys Schmyhal statt. Die Regierungsvertreter unterzeichnen eine Reihe von Dokumenten in den Bereichen Umweltschutz, Energie, Handel, Wiederaufbau der Ukraine und nationales Gedenken. Wolodymyr Selenskyj, Präsident der Ukraine, zeichnet Morawiecki und Vizeministerpräsident Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), mit dem Orden des Fürsten Jaroslaw des Weisen 2. Klasse für ihren Einsatz für die Ukraine vor und während des zurzeit dauernden russischen Angriffskrieges auf die Ukraine aus. Kaczyński sagt auf der Pressekonferenz, die gemeinsame Geschichte beider Länder sei häufig sehr schwierig gewesen, aber gegenwärtig gebe es die Chance, etwas völlig Neues in den bilateralen Beziehungen sowie auf europäischer Ebene und in der europäischen Geopolitik aufzubauen. Morawiecki ruft die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Länder Westeuropas auf, die Deportationen ukrainischer Bürger nach Russland entschieden zu verurteilen.
02.06.2022	Bei ihrem Besuch in Warschau gibt EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bekannt, dass die Europäische Kommission nach gründlicher Prüfung die im Rahmen des EU-Rechtsstaatsmechanismus eingefrorenen Gelder für den von Polen vorgelegten Landesaufbauplan (Krajowy Plan Odbudowy – KPO) freigibt. Als Bedingungen für die Auszahlung der Finanzmittel, die dann voraussichtlich in einigen Monaten beginnen kann, nennt von der Leyen die Auflösung der Disziplinarkammer beim Obersten Gericht (Sąd Najwyższy – SN). Außerdem dürfen Richter nicht dafür bestraft werden, wenn sie sich beispielsweise in einem Fall an den Europäischen Gerichtshof wenden. Bisher bereits erfolgte Suspendierungen von Richtern sollen nochmals überprüft werden. Zurzeit läuft in Polen ein Gesetzgebungsverfahren zur Auflösung der Disziplinarkammer und Einrichtung einer Kammer für berufliche Verantwortung beim SN. Kritiker befürchten, dass hiermit keine weitreichenden Veränderungen zu mehr Rechtsstaatlichkeit eingeführt werden.
03.06.2022	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki nimmt mit einer Ministerdelegation an polnisch-tschechischen Regierungskonsultationen in Prag teil. Unterzeichnet wird eine Vereinbarung über eine engere Zusammenarbeit im Bereich Verteidigung, z. B. in Form gemeinsamer Waffenkäufe.
06.06.2022	In Lublin (Ostpolen) beginnt der zweitägige Kommunale Kongress der Drei-Meere-Initiative, an dem außer den Vertretern der Länder der Initiative u. a. die Botschafter der USA und der Ukraine und Vertreter der Europäischen Union sowie Deutschlands teilnehmen. Thematisiert werden die Verkehrsinfrastruktur und der Ausbau von Grenzübergängen sowie Fragen der Energiepolitik und der Informationstechnologie, wozu auch der Schutz vor russischer Propaganda in den betreffenden Ländern gehört. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki ruft in seiner Eröffnungsrede die Kommunalverwaltung der Woiwodschaften Lublin sowie Vorkarpaten (województwo lubelskie; woj. podkarpackie) auf, die Entwicklung der Infrastruktur breit anzugehen, was Unternehmen und Investoren nach sich ziehen würde.

LESEHINWEIS

Dorota Danielewicz

Der weiße Gesang

Die mutigen Frauen der belarussischen Revolution



208 Seiten /
gebunden mit
Schutzumschlag
20,00 € (D) /
20,60 € (A) inkl.
MwSt. ISBN
978-3-95890-479-8
Erscheint am
27.05.2022 im
EUROPA VERLAG

Die Autorin und Journalistin Dorota Danielewicz sammelt in ihrem Buch authentische Stimmen der furchtlosen Frauen von Belarus, die für Demokratie und Gerechtigkeit in ihrer Heimat kämpfen, und von denen viele ins Exil fliehen mussten, um ihr Leben zu retten.

Die Publikation stellt einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen das autokratische System Lukaschenkos dar, insbesondere vor der Tatsache des russischen Angriffs auf die Ukraine, der sich 2022 ereignete und die Welt in Atem hält.

Wir alle kennen die Bilder von den Demonstrationen, die nach den letzten Wahlen im August 2020 in Belarus stattfanden. In vorderster Reihe bei den friedlichen Protestaktionen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit: viele, meist junge Frauen aus allen Schichten – darunter Journalistinnen, Studentinnen, Juristinnen, Sozialarbeiterinnen und Lehrerinnen. Mutig sahen sie den sie umzingelnden Polizisten in die Gesichter, ließen sich nicht einschüchtern – auch nicht nachdem zahlreiche von ihnen verhaftet, verhört, misshandelt und des Landes verwiesen wurden. In *Der weiße Gesang* erzählen einige von ihnen ihre Geschichte, treten heraus aus der Anonymität der Masse. Sie lassen uns teilhaben an den Ereignissen und ihren persönlichen Erfahrungen der letzten Monate, an ihrem Aufbegehren, ihren Zielen, ihrem Leben im Exil.

Der sogenannte »weiße Gesang« ist eine archaische, volkstümliche Gesangstechnik der osteuropäischen Frauen, die es auf eine besondere Art ermöglicht, den Gefühlen freien Lauf zu lassen. Ihre Lieder spiegeln dramatische Ereignisse aus dem Leben der Frauen wider. Die Stimme, die beim weißen Gesang erzeugt wird, kommt direkt aus dem Solarplexus und nutzt die Resonanzräume des Körpers. Sie ist rein und wild – so wie die Geschichten der unerschrockenen, couragierten Belarussininnen, die in diesem Buch zu Wort kommen.

Die Autorin: Dorota Danielewicz ist in der deutschen Literaturszene bekannt. Sie lebt seit ihrem 16. Lebensjahr in Berlin, war fast 20 Jahre lang als Rundfunkjournalistin für den RBB tätig und hat in deutschsprachigen Zeitungen publiziert. Ihr erster Roman *Auf der Suche nach der Seele Berlins* erschien 2014, ihr Buch *Der weiße Gesang* über die mutigen Frauen in Belarus im Frühjahr 2022, beide im Europa Verlag.

Weitere Informationen, Interview- und Veranstaltungsanfragen an die Autorin: bs@europa-verlag.com, Barbara Stang, PR i.A.: EUROPA VERLAG. www.europa-verlag.com

Inhaltsverzeichnis:

Einleitung	8
<i>Volha Kawalkowa</i>	
Heimisch kann man sich an jedem Ort fühlen	13
<i>Iryna Novik</i>	
Die Frau mit dem roten Kleid	39
<i>Diana Ignatkowa</i>	
Zwischen Euphorie und tiefer Trauer	65
<i>Natalja Lubniewskaja</i>	
Du kannst nicht zu Hause Borschtsch kochen, wenn dein Mann im Knast verprügelt wird	85
<i>Nadieja Stepantzova und Joanna Zacharkievitsch</i>	
Wir haben aus mütterlicher Sorge gehandelt	97
<i>Marharyta Shysha</i>	
Alle Pläne, die ich hatte, lösten sich in nichts auf .	121
<i>Volha Vialichka</i>	
Wenn ich aufwache, weiß ich oft nicht, wo ich bin	145
<i>Inna Trusava</i>	
Ich glaube immer noch an Wunder	163
<i>Volha Kariakina und Dimitrij Furmanow</i>	
Die Katze hat mir das Leben gerettet	183

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2022 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>